



Dr. Martina Bunge

Dr. Martina Bunge, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Herrn  
Bernd Masmeier  
Am Schönenkamp 110  
40599 Düsseldorf

Berlin, 2gree2010  
Bezug:  
Anlagen:

**Dr. Martina Bunge, MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Jakob-Kaiser-Haus  
Raum: 4.814

Telefon: +49 30 227-70067  
Fax: +49 30 227-76076  
[martina.bunge@bundestag.de](mailto:martina.bunge@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro:** Lübsche  
Str. 97 23966 Wismar  
Telefon: +49 03841-3265994  
Fax: +49 03841-3265994  
[martina.bunge@wk.bundestag.de](mailto:martina.bunge@wk.bundestag.de)  
[www.martina-bunge.de](http://www.martina-bunge.de)

Gesundheitspolitische Sprecherin der  
Fraktion DIE LINKE

Leiterin des Arbeitskreises V  
„Gesundheit, Pflege und  
Behindertenpolitik“ der Fraktion DIE  
LINKE

Sehr geehrter Herr Masmeier, sehr geehrter Herr Drebes,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 4. Januar 2010 zur  
Gesundheitsreform aus der Sicht behinderter und chronisch  
kranker Menschen.

Ich kann Ihnen an vielen Punkten zustimmen. Zwei Aspekte  
möchte ich herausgreifen: Zum einen die Notwendigkeit der  
Berücksichtigung eines, so möchte ich es nennen, individuellen,  
besonderen Bedarfs an Gesundheitsleistungen. Das, was bei dem  
Einen unnötiger Schnickschnack ist, kann bei einem Anderen  
sinnvolle Therapie oder Hilfe sein. In dem Zusammenhang ist  
die Herausnahme vieler Arzneien aus der  
Verschreibungsfähigkeit zu kritisieren. Ein zweiter wichtiger  
Aspekt ist die Problematik der sozialen Ungleichheit und die  
Auswirkungen der Gesundheitspolitik auf die ärmeren  
Versicherten. Beides betrifft Menschen mit Behinderungen in  
besonderer Weise, da sie, wie Sie auch darlegen, häufiger zu den  
Menschen mit geringem Einkommen zählen und oft einen  
besonderen und erhöhten Bedarf an Gesundheitsleistungen  
aufweisen. Ebenso stimme ich Ihnen zu, dass es bei der Heil-  
und Hilfsmittelversorgung sowie der Verschreibung von  
Rehamaßnahmen zu Problemen kommt

Es besteht also bereits im bestehenden System Handlungs- und  
Verbesserungsbedarf. Leider werden die Ansätze der jetzigen  
Regierung dem nicht gerecht.



Ich kann Ihnen versichern, dass meine Fraktion DIE LINKE die von Ihnen benannten Probleme im Blick hat und auf Lösungen hinarbeitet. Teilweise weichen unsere Lösungen von Ihren ab. So betrachten wir die solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung als einen wichtigen Bestandteil zur dauerhaften und gerechten Finanzierung des Gesundheitssystems. Oder meine Fraktion sieht in einer Ausweitung auf Festzuschüsse zu Arzneien, wie Sie dies in Punkt 5 beschreiben, keinen Lösungsansatz. Die gesetzliche Krankenkasse muss das medizinisch angemessene finanzieren. Dies muss allen zur Verfügung stehen. Zuzahlungen führen in eine Zwei-Klassen-Medizin. Diejenigen, die über mehr Geld verfügen, erhalten die besseren Medikamente. Das ist kein Ansatz für Gesundheitspolitik in meiner Fraktion.

Viele Initiativen haben wir bereits in der letzten Legislaturperiode ins Parlament gebracht. Sie finden unsere Anträge unter [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de).  
Zuletzt haben wir auf den Weg gebracht:

**Drucksache 17/240: Keine Kopfpauschale — für eine solidarische Krankenversicherung**

**Drucksache 17/241: Praxisgebühr und andere Zuzahlungen abschaffen - Patientinnen und Patienten entlasten**

**Drucksache 17/495: Versicherte in der Krise schützen — Finanzsituation der gesetzlichen Krankenversicherung und der Bundesagentur für Arbeit entschärfen**

Ich danke Ihnen für Ihr Engagement und die Anregungen, die Sie uns übermittelt haben. Diese werden Eingang in unsere zukünftige Arbeit nehmen.

Mit freundlichen Grüßen